

STADT WAIBLINGEN
Große Kreisstadt

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen**

- öffentlich -

Beginn: 18:38 Uhr Ende: 21:02 Uhr

Vorsitzende

Oberbürgermeister
Hesky, Andreas (bis TOP 3)

Erste Bürgermeisterin
Dürr, Christiane

Stadträtinnen/räte

Bok, Daniel
Bubeck, Siegfried
Dr. Beck, Peter
Förster, Iris
Häfner, Sabine
Helbig, Frank
Hernadi, Silke
Metzger, Dagmar
Rieger, Andrea
Schöllkopf, Hermann
Theurer, Lissy

Außerdem anwesend

Kulpinari, Arzu
Losert, Max

Verwaltung

Bender, Frank (bis TOP 10)
Bühlmaier, Carolin
Reuter, Karl-Henning (bis TOP 5)
Schock, Benjamin (bis TOP 3)
Schwiertz, Erika
Simmendinger, Gabriele (bis TOP 3)

Presse

David, Birgit

Schriftführerin

Clemenz, Valerie

ZUR BEURKUNDUNG

VORSITZENDE:

FÜR DEN GEMEINDERAT: SCHRIFTFÜHRERIN:

Oberbürgermeister
Andreas Hesky

Erste Bürgermeisterin
Christiane Dürr

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

T A G E S O R D N U N G

1. Bürgerfragestunde
2. Ausschreibung der Stelle der Ersten Bürgermeisterin/des Ersten Bürgermeisters
3. Oberbürgermeisterwahl - vorbereitende Beschlüsse
4. Tätigkeitsbericht des Jugendgemeinderates - mündlicher Bericht
5. Neue Angebote der städtischen Kinder- und Jugendförderung unter Pandemiebedingungen
6. Finanzielle Beteiligung der Stadt am Programm "Berufseinstiegsbegleitung"
7. Antrag einer Fraktion auf Verteilung von Trinkflaschen an Schulanfänger
8. Vergabe von Schul- und Kitaverpflegung - Cook & Chill Verpflegung
9. Vergabe von Schul- und Kitaverpflegung - Warmverpflegung
10. Haushaltsantrag einer Fraktion: Darstellung der Personal- und Organisationsentwicklungsinstrumente
11. Verschiedenes
12. Anfragen

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

N i e d e r s c h r i f t

TOP 1 – Bürgerfragestunde

Der *Vorsitzende* stellt fest, dass keine Anmeldungen für die Bürgerfragestunde vorliegen und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2 - Ausschreibung der Stelle der Ersten Bürgermeisterin/des Ersten Bürgermeisters

Der *Vorsitzende* verweist auf die Vorlagen BSV 32/2021 und BSV 32/2021-1.

Der Ausschuss

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig zur Beschlussfassung:

- 1. Die Wahl der Ersten Bürgermeisterin/des Ersten Bürgermeisters durch den Gemeinderat findet am Montag, 20. Dezember 2021, statt.**
- 2. Die Stellenausschreibung erfolgt am Freitag, 8. Oktober 2021, im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg und am Samstag, 9. Oktober 2021, in der Waiblinger Kreiszeitung, in der Stuttgarter Zeitung und in den Stuttgarter Nachrichten mit dem in der Anlage enthaltenen Text. Weiterhin wird die Stellenausschreibung in der darauffolgenden Ausgabe des Amtsblatts Staufer-Kurier sowie in den einschlägigen online-Portalen veröffentlicht.**
- 3. Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen beginnt am Tag nach der Stellenausschreibung. Das Ende der Einreichungsfrist wird auf Montag, 8. November 2021, festgelegt.**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

TOP 3 - Oberbürgermeisterwahl - vorbereitende Beschlüsse

Der *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 31/2021 und ergänzt, dass nach der Sommerpause noch weitere Beschlüsse zu fassen sind.

Stadträtin *Förster* fragt, ob in der Stellenausschreibung der Hinweis aufgenommen werden sollte, dass sich der Stelleninhaber nicht mehr bewirbt.

Der *Vorsitzende* erinnert daran, dass man sich darauf verständigt hat, auf den Hinweis bei allen Stellenausschreibungen für Wahlbeamte zu verzichten.

Der Ausschuss

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig zur Beschlussfassung:

1. **Die Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Waiblingen findet am Sonntag, 6. Februar 2022, eine eventuelle Neuwahl am Sonntag, 20. Februar 2022 statt.**
2. **Die Stellenausschreibung erfolgt am Freitag, 26. November 2021, im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg und am Samstag, 27. November 2021, in der Waiblinger Kreiszeitung, in der Stuttgarter Zeitung und in den Stuttgarter Nachrichten mit dem in der Anlage enthaltenen Text. Weiterhin wird die Stellenausschreibung in der darauffolgenden Ausgabe des Amtsblatts Staufer-Kurier sowie in den einschlägigen online-Portalen veröffentlicht.**
3. **Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen beginnt am Tag nach der Stellenausschreibung. Das Ende der Einreichungsfrist wird auf Montag, 10. Januar 2022, 18:00 Uhr, festgelegt. Im Falle einer Neuwahl beginnt die Einreichungsfrist für neue Bewerbungen am Montag, 7. Februar 2022, und endet am Mittwoch, 9. Februar 2022, 18:00 Uhr.**
4. **Öffentliche Bewerbervorstellungen finden nach Ablauf der Einreichungsfrist im Januar 2022 im Bürgerzentrum Waiblingen und in der Gemeindehalle in Waiblingen-Hohenacker statt. Die Termine werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.**
5. **Nach § 11 Kommunalwahlgesetz wird ein Gemeindewahlausschuss gebildet. Die Fraktionen des Gemeinderats werden gebeten, hierfür bis 15. September 2021 jeweils eine Person als Beisitzerin/Beisitzer und eine Person als stv. Beisitzerin/stv. Beisitzer zu benennen.**
6. **Alle zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber werden auf der Internetseite der Stadt Waiblingen mit Namen, Beruf, Geburtsjahr sowie Anschrift (Hauptwohnung) vorgestellt.**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Der *Vorsitzende* übergibt die Sitzungsleitung an Frau Erste Bürgermeisterin *Dürr*.

TOP 4 - Tätigkeitsbericht des Jugendgemeinderates - mündlicher Bericht

Die *Vorsitzende* begrüßt den Vorsitzenden des Jugendgemeinderates Herrn Losert und seine Stellvertreterin Frau Kulpinari.

Frau *Kulpinari* stellt die Eckdaten des aktuellen Jugendgemeinderates anhand einer Präsentation vor.

Herr *Losert* fährt fort mit den Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Weiter berichtet er über die Projekte des Jugendgemeinderates und schildert, dass einige geplante Aktivitäten nicht stattfinden konnten.

Er erklärt, dass die Amtszeit der amtierenden Jugendgemeinderäte bis März 2022 verlängert wurde und gibt einen Ausblick auf die Projekte, die für die verbleibende Amtszeit geplant sind.

Stadträtin *Förster* bedankt sich für die Arbeit des Jugendgemeinderates. Sie möchte wissen, wie häufig sich das Gremium trifft und ob die Sitzungen in letzter Zeit online stattfanden. Außerdem interessiert sie, ob Jugendgemeinderäte aufgrund der Corona-Pandemie aufgehört haben.

Herr *Losert* berichtet, dass die Sitzungen seit September 2020 online abgehalten wurden und erst kürzlich die erste Präsenzsitzung stattfinden konnte. Einige Jugendgemeinderäte sind nicht mehr aktiv. Es wird jedoch versucht, sie wieder zurück zu gewinnen.

Stadträtin *Metzger* bedankt sich für den Vortrag und die Aktivitäten des Jugendgemeinderates. Sie führt aus, dass viele Schulen Probleme damit haben, den Kontakt zu einzelnen Schülern wiederherzustellen und erkundigt sich, wie man die Jugendlichen erreichen könnte.

Herr *Losert* bestätigt, dass die Kontaktaufnahme zu Jugendlichen in den vergangenen Monaten erschwert war, auch für das Team der Villa Roller und Herrn Reuter. Aktuell gibt es jedoch wieder mehr Möglichkeiten für die Einrichtungen und auch der Jugendgemeinderat versucht, wieder mehr Kontakt zu den Jugendlichen aufzunehmen.

Stadtrat *Bubeck* fragt, ob der Jugendgemeinderat mit anderen Arbeitskreisen zusammenarbeitet.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Herr *Losert* antwortet, dass während der Corona-Pandemie nur wenige gemeinsame Aktivitäten möglich waren. Davor fanden regelmäßige Treffen mit Mitgliedern aller bürgerschaftlicher Gremien statt. Bei den Sitzungen des Jugendgemeinderates sind außerdem oft Vertreter anderer Gremien anwesend. Umgekehrt besuchen auch Mitglieder des Jugendgemeinderates die Sitzungen anderer Gremien. Zudem besteht ein Austausch mit den Jugendgemeinderäten anderer Kommunen.

Die *Vorsitzende* bedankt sich für die engagierte Arbeit des Jugendgemeinderates. Sie stellt fest, dass die schwierige Zeit während der Corona-Pandemie durch das Gremium sehr gut überbrückt wurde.

Der Ausschuss

nimmt Kenntnis

vom Tätigkeitsbericht des Jugendgemeinderates.

TOP 5 - Neue Angebote der städtischen Kinder- und Jugendförderung unter Pandemiebedingungen

Die *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 35/2021.

Herr *Reuter* hält anhand einer Präsentation einen Vortrag über die Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten. Er stellt die diversen Angebote der verschiedenen Einrichtungen vor und legt dar, welche weiteren Projekte in Planung sind. Sein Fazit ist, dass die Angebote zwar eine Alternative, aber kein voller Ersatz für die klassische Jugendarbeit sind.

Stadtrat *Schöllkopf* lobt die zahlreichen Maßnahmen. Für ihn ist es spürbar, dass die Jugendarbeit in Waiblingen lebt. Besonders freut ihn, dass mit einem sehr geringen Budget so viel geleistet werden konnte.

Stadträtin *Rieger* bedankt sich für ausführlichen Bericht und lobt die Angebote. Sie ist sich dessen bewusst, dass der direkte Kontakt nicht zu ersetzen ist. Umso wichtiger findet sie es, gute Alternativen anzubieten. Sie freut sich, dass der Antrag ihrer Fraktion auf so fruchtbaren Boden stieß.

Stadträtin *Metzger* ist beeindruckt von der Vielzahl der umgesetzten Ideen und freut sich, dass es Angebote für alle Altersgruppen gibt. Durch die Vernetzung der verschiedenen Einrichtungen sind ihrer Meinung nach tolle Projekte entstanden. Sie spricht Herrn Reuter und seinem Team ein großes Kompliment aus.

Stadträtin *Förster* findet, dass aus der Notsituation heraus sehr viel Gutes entstanden ist und bedankt sich für die geleistete Arbeit. Sie fragt, wie die Angebote beworben werden.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Ihr ist aufgefallen, dass sich seit der Corona-Pandemie viele Jugendliche am Elsbeth-und-Hermann-Zeller-Platz treffen. Sie erkundigt sich, ob man dort noch mehr Präsenz zeigen könnte.

Herr *Reuter* schildert, dass die Werbung über den Stauferkurier und die ortsübliche Presse läuft. Die Kernbesucher der Einrichtungen sind zudem gelistet und wurden gezielt angeschrieben.

Er führt aus, dass auch Streetwork geleistet wird. Am Elsbeth-und-Hermann-Zeller-Platz ist das Team der mobilen Jugendarbeit regelmäßig vor Ort.

Stadträtin *Theurer* bedankt sich herzlich beim ganzen Team. Sie findet die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen sehr gelungen.

Ihr ist es wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen weiterhin zu Aktivitäten angeregt werden, da bislang noch keine vollständige Rückkehr zur Normalität möglich ist.

Stadtrat *Bubeck* ist der Meinung, dass Herr Reuter und sein Team viel Kreativität gezeigt haben, um die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen.

Besonders positiv sieht er es, dass es nicht nur in der Kernstadt, sondern auch in den Ortschaften Angebote gab.

Stadträtin *Metzger* geht darauf ein, dass das mobile Tonstudio bereits vier Wochen im Voraus ausgebucht ist und erkundigt sich, ob ein zweites angeschafft werden sollte.

Herr *Reuter* erklärt, dass das große Tonstudio in der Villa Roller jetzt wieder zugänglich gemacht werden kann. Er geht davon aus, dass dann die Nachfrage nach der mobilen Ausrüstung zurückgehen wird. Man wird die Situation weiterhin beobachten.

Der Ausschuss

nimmt Kenntnis

vom Bericht zu den neuen Angeboten der städtischen Kinder- und Jugendförderung unter Pandemiebedingungen.

TOP 6 - Finanzielle Beteiligung der Stadt am Programm "Berufseinstiegsbegleitung"

Die *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 34/2021. Sie erklärt, dass das Programm ursprünglich vom Bund und der Bundesagentur für Arbeit getragen wurde. Da der Bund aus dem Programm ausgestiegen ist, wird der Anteil vom Land Baden-Württemberg und den Kommunen finanziert.

Frau *Schwiertz* stellt das Programm vor und berichtet von den Maßnahmen, die zur Unterstützung der Jugendlichen dienen. Da sich während der Corona-Pandemie

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

zusätzliche Schwierigkeiten beim Berufseinstieg ergeben haben, ist das Programm umso wichtiger geworden.

Die Kosten für die Stadt betragen pro Schüler monatlich 72,50 Euro. Insgesamt fallen Aufwendungen in Höhe von 88.330 Euro an, die sich auf die kommenden drei Jahre verteilen.

Zur Finanzierung wurden Drittmittel angefragt, die gegebenenfalls vom Anteil der Stadt in Abzug gebracht werden.

Stadträtin *Rieger* findet es traurig, dass der Bund aus Programm ausgestiegen ist. Sie sieht es positiv, dass die Stadt sich weiterhin beteiligt und die Jugend unterstützt.

Ihr fällt auf, dass die Kosten in den kommenden Jahren sehr unterschiedlich ausfallen.

Frau *Schwartz* erläutert, dass im Jahr 2023 eine Kohorte ausläuft, wodurch sich die Kosten reduzieren. Im Jahr 2024 ist die Laufzeit des Programms sehr kurz, weshalb deutlich geringere Kosten entstehen.

Stadträtin *Häfner* freut sich, dass Kinder und Jugendliche in Waiblingen so sehr gefördert werden.

Sie erkundigt sich, ob die Nachfrage vorhanden ist, das Programm für mehr Schülerinnen und Schüler anzubieten.

Frau *Schwartz* teilt mit, dass die Anzahl der Plätze bisher ausreichend ist.

Stadtrat *Bubeck* spricht sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, das Programm fortzuführen, da es benachteiligten Schülerinnen und Schülern eine wertvolle Unterstützung bietet.

Er fragt, ob das Programm auch an der Friedensschule angeboten wird.

Die *Vorsitzende* führt aus, dass von Seiten der Friedensschule bisher kein Interesse bestand. Die Verwaltung wird jedoch nochmal auf die Schule zugehen.

Stadträtin *Metzger* scheint es wichtig, der Friedensschule die Teilnahme an dem Programm nochmal anzubieten. Da aktuell immer mehr durch die Corona-Pandemie bedingte Probleme ersichtlich werden, könnte zwischenzeitlich Bedarf bestehen.

Die *Vorsitzende* sagt nochmal zu, dass die Verwaltung auf die Friedensschule zugehen wird. Der Ausschuss wird über das Ergebnis informiert.

Stadtrat *Bok* begrüßt es, dass sich die Stadt für die Förderung von Jugendlichen einsetzt. Er geht davon aus, dass dadurch den Langzeitfolgen der Pandemie entgegengewirkt werden kann.

Über die Teilnahme an dem Programm sollten seiner Meinung nach die Schulen entscheiden.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Der Ausschuss

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig zur Beschlussfassung:

Die Stadt Waiblingen führt ihre Beteiligung am Programm „Berufseinstiegsbegleitung“ an der Salier-Gemeinschaftsschule und an der Stauffer- Gemeinschaftsschule für die Laufzeit vom 01.01.2022 bis zum 29.02.2024 mit einem Anteil von 25% an der Finanzierung fort. Soweit Drittmittel zugesagt werden, reduziert sich der städtische Anteil entsprechend.

TOP 7 - Antrag einer Fraktion auf Verteilung von Trinkflaschen an Schulanfänger

Die *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 33/2021.

Frau *Schwiertz* führt aus, dass die Versorgung der Kinder im Alltag den Eltern obliegt. Die Schulen werden bereits sukzessive mit Trinkwasserspendern ausgestattet. Dadurch soll die Verwendung von Einwegtrinkflaschen und Müll reduziert werden. Für die Spender nutzen die Kinder schon eigene Trinkflaschen. Da die Bedürfnisse bei Ausstattungsgegenständen sehr unterschiedlich sind, könnte man nicht alle Wünsche erfüllen. Es ist daher fraglich, ob die ausgegebenen Trinkflaschen tatsächlich Verwendung finden würden. Auch Verwechslungen wären möglich.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Antrag abzulehnen.

Stadträtin *Metzger* weist darauf hin, dass bisher noch nicht alle Schulen mit Wasserspendern ausgestattet sind. Bis es soweit ist, müssen die Kinder weiterhin eigene Getränke mitbringen. Für die Grundschulfördervereine ist der Kostenanteil für Trinkwasserspender sehr hoch. Es scheint ihr deshalb nicht sicher, ob tatsächlich an allen Schulen Wasserspender installiert werden.

Sie schlägt vor, die Trinkflaschen mit dem Logo der Stadt zu bedrucken. Dies würde als Werbung dienen und die Verbundenheit der Familien mit der Stadt fördern.

Sie merkt an, dass die Krankenkassen bereits seit einiger Zeit Vesperdosen ausgeben und die Dosen Verwendung finden. Die Familien beschriften die Dosen, um Verwechslungen zu vermeiden, was auch bei den Trinkflaschen möglich wäre.

Stadtrat *Bubeck* gibt zu bedenken, dass Kinder üblicherweise bereits im Kindergarten eigene Trinkflaschen besitzen und daher beim Schulbeginn keine neue Flasche mehr benötigen. Seiner Einschätzung nach stellen Einwegflaschen in Grundschulen kein zu großes Problem dar.

Er verweist darauf, dass die Fördervereine zur Einschulung Geschenke verteilen und regt an, dass dabei Trinkflaschen verschenkt werden könnten.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Stadtrat *Dr. Beck* sieht die Verteilung von Trinkflaschen etwas kritisch, da man dadurch den Eltern jegliche Verantwortung wegnimmt.

Er könnte sich jedoch als Kompromiss ebenfalls vorstellen, über die Budgets der Schulen und der Fördervereine Trinkflaschen zu beschaffen.

Stadtrat *Bok* sieht die Ausstattung der Schulen mit Trinkwasserspendern positiv. Seine Fraktion unterstützt auch die Idee, wiederverwendbare Flaschen für die Kinder zur Verfügung zu stellen. Allerdings scheint die pauschale Ausgabe an alle Erstklässler nicht der richtige Weg, da viele Kinder bereits eigene Trinkflaschen besitzen.

Sinnvoller wäre es, Gutscheine auszugeben, sodass sich Familien bei Bedarf eine Trinkflasche im Rathaus abholen können.

Er schlägt vor, die Flaschen in unterschiedlichen Farben zu beschaffen.

Stadträtin *Hernadi* betont, dass die Schulen die Einrichtung von Trinkwasserspender beantragt werden, sofern sie dies wünschen. Es sollte jedoch auch akzeptiert werden, wenn Schulen keinen Trinkwasserspender beantragen.

Ihrer Erfahrung nach benötigen Kinder sehr unterschiedliche Flaschen. Dies betrifft nicht nur die Farbgebung.

Sie geht davon aus, dass die Kinder ihre Trinkflaschen aus dem Kindergarten in der Schule weiterhin verwenden.

Stadträtin *Metzger* modifiziert den Antrag ihrer Fraktion dahingehend, dass Gutscheine für Mehrwegtrinkflaschen an alle Erstklässler ausgegeben werden sollen.

Stadträtin *Häfner* findet die Idee prinzipiell gut. Ihr erscheint die Verteilung von Gutscheinen jedoch ebenfalls nicht nachhaltig. Sie geht davon aus, dass viele Kinder schon eine Trinkflasche besitzen und die Ausgabe von Gutscheinen dazu führt, dass Trinkflaschen abgeholt werden, die nicht benötigt werden. Daher kann sie auch dem modifizierten Antrag nicht zustimmen.

Die *Vorsitzende* kann den Antrag nachvollziehen. Sie geht davon aus, dass die Kosten für Trinkflaschen über die Schulbudgets abgedeckt werden könnten. Gegebenenfalls könnten auch zusätzliche Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Grundsätzliche sollten jedoch die Eltern für die Versorgung ihrer Kinder verantwortlich bleiben.

Der Ausschuss

lehnt den modifizierten Antrag mehrheitlich (8 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen) ab.

Stadtrat *Dr. Beck* bittet darum, die Finanzierung über die Schulbudgets oder die Fördervereine mit den Schulen zu klären.

Die *Vorsitzende* sagt zu, das Thema in der nächsten Schulleiterkonferenz anzusprechen.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

TOP 8 - Vergabe von Schul- und Kitaverpflegung - Cook & Chill Verpflegung

Die *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 37/2021.

Frau *Schwartz* hält einen Vortrag anhand einer Präsentation. Zum Hintergrund der Ausschreibung erläutert sie, dass diese notwendig war, da mehrere Verträge auslaufen. Sie berichtet vom Ausschreibungsverfahren und stellt die Anbieter vor, die die Zuschläge erhalten sollen.

Stadträtin *Metzger* fragt, ob alle Einrichtungen weiterhin von denselben Lieferanten beliefert werden.

Frau *Schwartz* antwortet, dass es zu Wechseln kommt.

Stadträtin *Metzger* möchte wissen, ob es Einrichtungen gibt, die mit dem Essen nicht zufrieden sind.

Frau *Schwartz* sind bisher nur gute Erfahrungen bekannt.

Stadträtin *Metzger* erkundigt sich, ob die Vergabekriterien generell vorgeschrieben sind oder von der Stadt zusammengestellt wurden.

Frau *Schwartz* erläutert, dass die Kriterien von der Stadt selbst definiert wurden. Allerdings gibt es Einschränkungen durch EU-Vorschriften.

Stadträtin *Förster* vermisst bei den Zuschlagskriterien den Transportweg und das Tierwohl. Sie weist darauf hin, dass ein langer Transport große Mengen an Schadstoffen verursacht und schlägt deshalb vor, den Kriterienkatalog zu erweitern.

Stadtrat *Schöllkopf* ist aufgefallen, dass der Anteil der Essen im Verhältnis zu den Schülern in den einzelnen Einrichtungen sehr stark abweicht und fragt, woran das liegt.

Er wirft die Frage auf, ob der Preis pro Essen in Höhe von 3,20 Euro noch auskömmlich ist. Dieser wurde bereits 2013 festgelegt. Seitdem steigen die Ansprüche immer weiter.

Stadtrat *Bubeck* unterstützt den Vorschlag von Stadtrat Schöllkopf, die Preise zu überdenken.

Er fragt, wie hoch der Zuschuss der Stadt ist und in welchem Umfang die Kosten von den bisherigen abweichen.

Zu den Vergabekriterien erklärt Frau *Schwartz*, dass keine Kriterien aufgenommen werden dürfen, die einen Wettbewerbsnachteil verursachen können. Außerdem dürfen nur nachweisbare Kriterien angewandt werden.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Die *Vorsitzende* weist darauf hin, dass die Anbieter alle aus der Region kommen. Somit bestehen keine weiten Transportwege.
Sie erinnert daran, dass dem Ausschuss im Januar eine Informationsvorlage zum Essen in städtischen Kantinen vorgelegt wurde, in der auch die Kriterien für die Vergabe dargestellt waren. Diese wurden sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Frau *Schwiertz* geht davon aus, dass die Unterschiede zwischen den Schulen beim Anteil der Schüler, die in der Mensa essen, von den Ganztagesangeboten abhängig ist.

Die *Vorsitzende* führt aus, dass der Essenspreis in Höhe von 3,20 Euro Teil des Gebührenmodells ist, das gemeinsam mit dem Gesamtelternbeirat erarbeitet wurde.

Stadtrat *Schöllkopf* möchte vermeiden, dass irgendwann ein hoher Aufschlag notwendig wird und schlägt deshalb die Prüfung einer moderaten Erhöhung vor.

Die *Vorsitzende* sagt zu, das Thema aufzugreifen.
Sie stellt klar, dass die Gebühren nicht kostendeckend sind. Allerdings war bisher gewünscht, ein bezahlbares Essen für alle Familien anzubieten.

Frau *Schwiertz* teilt mit, dass die Kosten durch die neue Vergabe etwas niedriger sind als zuvor.

Der Ausschuss

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig zur Beschlussfassung:

- 1. Die Vergabe der Belieferung und Bewirtschaftung der Mensa an der Rinnenäckerschule erfolgt an die Cantino UG.**
- 2. Die Vergabe der Belieferung und Bewirtschaftung der Mensa an der Stauer-Gemeinschaftsschule erfolgt an die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.**
- 3. Die Vergabe der Belieferung der Mensa 1 an der Salier-Gemeinschaftsschule und der „Kita Auf der Linde“ erfolgt an die Diakonie Stetten e.V.**

TOP 9 - Vergabe von Schul- und Kitaverpflegung - Warmverpflegung

Die *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 38/2021.

Frau *Schwiertz* stellt anhand einer Präsentation das Vergabeverfahren dar. Sie teilt mit, dass die Vergabeentscheidung für alle vier Einrichtungen auf die Cantino UG fällt.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

Die Vertragslaufzeit beginnt mit dem neuen Schul- und Kindergartenjahr. Die jährlichen Gesamtkosten betragen 143.000 Euro.

Stadträtin *Förster* erkundigt sich nach der Vertragslaufzeit.

Frau *Schwiertz* antwortet, dass die Verträge für zwei Schuljahre abgeschlossen werden.

Stadträtin *Theurer* fragt, ob sich für die einzelnen Einrichtungen Änderungen ergeben.

Frau *Schwiertz* führt aus, dass alle Einrichtungen von einem neuen Anbieter beliefert werden.

Der Ausschuss

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig zur Beschlussfassung:

Die Belieferung der Mensa an der Schillerschule und der Kindertageseinrichtungen „Kita An der Schillerschule“, „Kita An der Friedensschule“ und „Kita Berg-Bürg“ wird an die Cantino UG vergeben.

TOP 10 - Haushaltsantrag einer Fraktion: Darstellung der Personal- und Organisationsentwicklungsinstrumente

Die *Vorsitzende* verweist auf die Vorlage BSV 36/2021.

Herr *Bender* stellt die Personal- und Organisationsentwicklungsinstrumente anhand einer Präsentation vor.

Stadtrat *Schöllkopf* bedankt sich für die ausführliche Darstellung. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass die Stadt Waiblingen ein guter Arbeitgeber ist.

Ihn interessiert, wie Waiblingen im KGSt-Vergleich liegt.

Sehr erfreulich findet er das Fazit, dass sparsam und wirtschaftlich gehandelt wird.

Die *Vorsitzende* sagt einen Bericht aus dem Vergleichsring zu gegebener Zeit zu.

Von den Personal- und Organisationsentwicklungsinstrumenten der Stadtverwaltung Waiblingen wird Kenntnis genommen.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des
Ausschusses für Bildung, Soziales und Verwaltung
am Mittwoch, 7. Juli 2021
im Welfensaal des Bürgerzentrums Waiblingen
- öffentlich -**

TOP 11 - Verschiedenes

Die *Vorsitzende* teilt mit, dass keine Themen vorliegen.

TOP 12 – Anfragen

Trinkwasserspender

Stadträtin *Metzger* fragt an, welche Schulen bislang mit Trinkwasserspendern ausgestattet sind.

Sie hat gehört, dass an einer Grundschule zwar die notwendige Leitung verlegt ist, der Förderverein jedoch die erforderlichen Mittel für die Installation und den Betrieb nicht aufbringen kann.

Die *Vorsitzende* erläutert, dass ein stufenweiser Ausbau vorgesehen ist und die Installation der Wasserspender auch an Sanierungsmaßnahmen gekoppelt ist. Sie weist darauf hin, dass eine kurzfristige Ausstattung aller Schulen nicht vorgesehen ist.

Gemeinsam mit der Bauverwaltung wird sie eine aktuelle Aufstellung über den Ausbau machen.

Bei Schwierigkeiten hinsichtlich der Finanzierung können die Fördervereine auf die Stadt zukommen.

Bürgerbeteiligung Neustadt

Stadträtin *Förster* fragt nach dem Zeitplan für die Bürgerbeteiligung in Neustadt.

Die *Vorsitzende* sagt zu, dass sie den Sachstand nachschauen und die Anfrage in einer Mail beantworten wird.